

Da machen Sie sich einen äußerst schlanken Fuß, meine Damen und Herren.

Das GFG 2013, das heute hier beraten wird, beruht auf den Vorschlägen der ifo-Kommission und des ifo-Gutachtens. Übrigens haben wir in dieser Kommission, in der alle Fraktionen vertreten waren, alles beraten und miteinander abgewogen, auch die Belange des ländlichen Raums. Trotzdem sagen wir nicht: Es ist schön, dass wir darüber geredet haben; wir legen alles zu den Akten. – Vielmehr haben wir Gutachten in Auftrag gegeben, die darstellen werden, wie wir dieses System weiterentwickeln können.

Herr Abruszat, selbstverständlich – das ist jetzt eine Drohung – werden wir das nicht nur öffentlich machen, sondern Sie in der Frage der Umsetzung auch aktiv mit einbeziehen. Da werden Sie feststellen, Herr Abruszat, dass zwei Drittel dessen, was Sie heute wieder vorgetragen haben, nicht einmal von diesem Gutachten getragen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. Dies ist die höchste Finanzausgleichsmasse, die das Land den Kommunen in der Geschichte unseres Landes jemals zur Verfügung gestellt hat, nämlich 8,7 Milliarden €. Nimmt man die Leistungen des Stärkungspaktes hinzu, sind es 9,05 Milliarden €, die wir den Kommunen dieses Jahr zur Verfügung stellen. Das ist auch für das Land ein Kraftakt. Anders als von Teilen dieses Plenums wird das draußen von den Kommunen, aber auch von den Bürgerinnen und Bürgern anerkannt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Der guten Ordnung halber will ich darauf hinweisen, dass der Minister die Redezeit um 1:13 Minuten überzogen hat. Auch unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Redezeitüberziehung der Fraktionsredner würde ich den Fraktionen dennoch die entsprechende Redezeit zugestehen, wenn sie sie in Anspruch nehmen möchten. – Das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich die Beratung und weise noch einmal darauf hin, dass das **Gemeindefinanzierungsgesetz** Drucksache 16/1402 entsprechend der Beschlussempfehlung in der Drucksache 16/2117 erst **morgen** nach Beratung des Haushaltsgesetzes **abgestimmt** wird. Auch über die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung werden wir erst morgen zusammen mit dem Haushaltsgesetz entscheiden.

Damit rufe ich auf:

**Einzelplan 12
Finanzministerium
Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung**

In Verbindung mit:

**Sieben Länder schreiben schwarze Zahlen –
nur Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen will
nicht sparen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2127

Ich weise auf die Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 16/2112 und 16/2120 hin.

Ich eröffne die Beratung zu den Themenfeldern „Allgemeine Finanzverwaltung“ und „Haushaltsgesetz“, die in verbundener Debatte diskutiert werden, und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Kollegen Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein jiddisches Sprichwort antwortet auf die Frage, was die schwerste Sache der Welt sei: eine leere Hosentasche. – Wenn man sich die Haushalts- und Finanzpolitik dieser Landesregierung anschaut, muss man feststellen: Das sehen offensichtlich auch die Mitglieder der Landesregierung so; denn ohne frisches Geld lässt sich nach dieser Logik überhaupt keine Politik machen. Aber das Gegenteil ist richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gute Politik kommt mit dem vorhandenen Geld aus.

Nordrhein-Westfalen kommt nicht mit dem vorhandenen Geld aus. Nordrhein-Westfalen ist in der Haushalts- und Finanzpolitik ein Land der Rekorde. Wir werden unter Rot-Grün unter diesem Gesichtspunkt jedes Jahr besser. Seit 2011 erhöhen wir jedes Jahr unseren Anteil an der Neuverschuldung der Länder. Inzwischen sind wir bei 60 % angekommen. Wenn das so weitergeht, haben wir bald die 100 % erreicht. Die 130 Milliarden € Schulden, die wir schon haben, sind dann nicht das Ende der Fahnenstange.

Wir bringen das Geld genau zu den Banken, die die Sozialdemokraten sonst so gerne attackieren. Als Geschäftspartner des Finanzministers brauchen Sie diese Banken aber dringender denn je, um Ihre Wahlgeschenke zu finanzieren.

(Beifall von der CDU)

Inzwischen haben Sie offenbar sogar Angst, dass das Geld nicht mehr für weitere Geschenke ausreicht. Das ist wohl der Grund, warum Sie mit einer regelrechten Serie von Steuererhöhungsforderungen in die Bundestagswahl gehen wollen: Wieder-

einführung der Vermögensteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, kommunal gerne auch mit der Bettensteuer. Das ist eine ganz neue sozialdemokratische Perspektive,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie bei der CDU!)

endlich das Geld beim Bürger zu holen und nicht mehr bei den bösen Banken. Ihr Motto lautet offenbar: In den Portemonnaies anderer herumzuwühlen, ist am schönsten, jedenfalls besser, als sorgsam mit dem eigenen Geld umzugehen.

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt klatscht nicht mal Ihre eigene Fraktion!)

Wie sagt das jiddische Sprichwort: Was ist die schwerste Sache der Welt? Eine leere Hosentasche. – Bei genauer Betrachtung ist die leere Hosentasche aber gar nicht leer. Sie wäre eigentlich prall gefüllt, wenn Sie nicht das Geld mit vollen Händen ausgeben würden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Der Staat hat in den letzten Jahren deutlich mehr eingenommen als je zuvor. Mehr als 600 Milliarden € waren es 2012 bei Bund, Ländern und Gemeinden. Er verzeichnet deutlich höhere Zuwachsraten bei den Steuereinnahmen, als bei Inflation und Wirtschaftswachstum zu verzeichnen sind. Wer bei 6 % Steuerwachstum, aber nur 2 % Inflation nicht mit dem Geld auskommt, dem muss man einfach sagen: Sie können es nicht, oder Sie wollen es nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch in 2013 geht es lustig so weiter: 3,5 Milliarden € Nettoneuverschuldung bei erwarteten Steuereinnahmen von 44,83 Milliarden €. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 hatten wir noch 38 Milliarden €. Das waren fast 7 Milliarden € weniger. Trotzdem liegt Ihre Nettoneuverschuldung noch bei 3,5 Milliarden €.

Gestern haben Sie mit dem Eckwertebeschluss zum Haushalt 2014 noch einen draufgesattelt. Sie wollen jetzt 3,3 Milliarden € neue Kredite aufnehmen, obwohl Sie 2,1 Milliarden € zusätzliche Steuern erwarten. Das Loch in Ihrer Hosentasche, Herr Finanzminister, wird nicht kleiner, es ist jedes Jahr größer geworden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Es ist zutiefst ungerecht, andere für Ihr Nichtkönnen oder Nichtwollen bezahlen zu lassen, nämlich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch Ihre Steuerpolitik hat trotz ständiger Wiederholung dieser Floskeln nichts mit Gerechtigkeit zu tun, sie ist einfach die notwendige Folge Ihrer unsehrwürdigen Haushaltspolitik. Der britische Ökonom David

Ricardo hat einmal gesagt: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

(Beifall von der CDU)

Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen beweist, dass Ricardo recht hat. Ohne Steuererhöhungen können Sie Ihren Gegenwartskonsum überhaupt nicht finanzieren. Sie wollen lieber weiter Kängurupolitik betreiben: nichts im Beutel, aber große Sprünge machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bin mir sicher, die Menschen werden merken, dass nicht nur ein paar Reiche geschöpft werden sollen, sondern dass alle für Ihre Politik bezahlen sollen.

Gerade Sie aus den Regierungsfractionen haben uns in den letzten Monaten vorgehalten, wir hätten keine Alternativen zu Ihrer unsozialen Politik vorgebracht, sonst könne man ja hier im Plenum darüber diskutieren. Spätestens seit letzter Woche wissen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie an einer solchen ernsthaften Diskussion gar nicht interessiert sind. Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss 84 ernsthafte Änderungsanträge als Einzelanträge gestellt. Die Regierungsfractionen haben alle abgelehnt, und das zum großen Teil mit eher sparsamen oder gar keinen Begründungen. Dabei haben wir nicht nur Vorschläge gemacht, die mittel- und langfristige Wirkungen haben, wir haben auch ganz aktuelle Fragen der Landespolitik aufgegriffen, die nicht gelöst sind.

Ich nenne das Beispiel der Klassenfahrten. Manch einer hat schon gespottet: Rot-Grün nimmt alle mit, nur nicht auf Klassenfahrt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich glaube, es ist unbestritten, dass Klassenfahrten wichtig, richtig und pädagogisch sinnvoll sind. Deshalb war der Vorschlag, die entsprechenden Ansätze bei den Reisekosten zu verdoppeln, richtig. Die Landesregierung hat inzwischen eingelenkt und will das auch für 2013 garantieren. Nur hat sie leider übersehen, dass der Haushaltsentwurf gerade im Parlament beraten wird. Ohne einen entsprechenden Änderungsantrag oder eine Ergänzungsvorlage der Regierung kann man das nicht einfach so machen. Dann müssen Sie schon unserem Antrag zustimmen.

(Beifall von der CDU)

Ich nenne den runden Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch“ auf Bundesebene. Der Bund nimmt die Opferunterstützung sehr ernst und ist bereit, seinen Anteil von 50 Millionen € auch vor einer Einigung mit den Ländern einzuzahlen. Wir haben beantragt, dass Nordrhein-Westfalen über den Haushalt die Möglichkeit bekommt, schon im Jahr 2013 über 10 Millionen € zu verfügen, wenn die offenen Sachfragen geklärt sind. Wir wollen die Opfer von familiä-

rer Gewalt nicht alleinlassen. Sie waren gegen den Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün. Sie verschanzen sich hinter noch fehlenden Umsetzungsrichtlinien. Unserer Meinung nach ist das ein falsches Politikverständnis. Der Haushalt soll doch der Regierung gerade die Ermächtigung geben, damit das Geld dann zur Verfügung steht, wenn die Einigung da ist. Wenn Sie die Hilfe jetzt ablehnen, heißt das nichts anderes, als dass die Schwächsten der Schwachen 2013 keine Hilfe aus Nordrhein-Westfalen bekommen. Sie lassen die Menschen also ein weiteres Jahr im Stich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie wollen aber auch keine weiteren strukturellen Veränderungen, weder bei Schülern noch bei Polizeiverwaltungsassistenten, noch beim Arbeitsschutz. Es soll alles so bleiben, wie es ist. Vermutlich warten Sie dann noch 2017 auf die Veränderungsvorschläge Ihres legendären Effizienzteams. Es wäre uns sehr lieb, in dem Zusammenhang vom Minister zu erfahren, ob der famose Vorschlag zur Fusion der beiden Oberfinanzdirektionen auch aus diesem Gremium stammt oder wer sich eine solche Schwächung der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung ausgedacht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass Sie in Ihrer Finanzplanung alles daransetzen, die Schuldenbremse 2020 gar nicht einhalten zu können.

Sie belasten nämlich den Haushalt mit derartig vielen strukturellen Ausgaben, dass Sie sich dann wahrscheinlich irgendwann hinstellen und unter Krokodilstränen verkünden werden: Leider ist es uns unmöglich, die Schuldenbremse einzuhalten. Ich sage Ihnen: Sie wissen ganz genau, dass Ihre Haushaltspolitik unseriös und unsozial ist.

(Beifall von der CDU)

Es bleibt das Fazit dieses Haushalts 2013: Der Haushalt 2013 ist ein weiterer Baustein Ihrer unfairen und ungerechten Haushalts- und Finanzpolitik. Sie versündigen sich damit an der Zukunft unseres Landes. Sie betreiben das Gegenteil von Prävention: Sie betreiben Substanzverzehr und überzogenen Gegenwartsverbrauch.

In Abwandlung des Titels einer Rede Ihres aktuellen Kanzlerkandidaten, die er hier 2002 als Finanzminister gehalten hat, lautet Ihr Regierungsmotto: „Hemmungslos konsumieren auf Kosten unserer Kinder“. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Die Rede und die bisherige Diskussion zum Haushalt, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen die politischen Unterschiede in diesem Land zum Glück sehr deutlich. Die Möglichkeit, diese zu diskutieren – das habe ich im Haushalts- und Finanzausschuss schon sehr deutlich gesagt und auch gelobt –, haben uns insbesondere die Änderungsanträge der CDU eingeräumt. Ich gebe gerne zu, dass ich da eine Wette verloren habe. Ich unterstreiche noch einmal, dass ich es für bemerkenswert halte, dass Sie diese Vorschläge vorlegen, weil uns dies die Möglichkeit einer detaillierten Diskussion gibt. Aus diesen Anträgen wird noch einmal klar, dass Sie ebenfalls den Dreiklang entdeckt haben, von dem wir schon immer gesagt haben, damit die Schuldenbremse 2020 zu erreichen.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Zusätzliche Einnahmen, Einsparungen und Zukunftsinvestitionen, das ist der Dreiklang, auf den wir setzen und auf den auch Sie setzen, allerdings in einer vollkommen unterschiedlichen Form. Sie haben dies im HFA gerade sehr deutlich gemacht.

Ja, wir sind der Meinung, zur Finanzierung des Landeshaushalts eine Vermögensteuer zu brauchen, weil wir das Geld von denjenigen nehmen wollen, die starke Schultern haben, um Zukunftsinvestitionen in diesem Land zu finanzieren. Sie setzen ja auch auf zusätzliche Einnahmen. Sie wollen zusätzliche Einnahmen von Eltern, die ihre Kinder in Kindertageseinrichtungen und an die Universitäten schicken. Aber das ist der falsche Weg.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen die Gelder nicht über Gebühren derjenigen einnehmen, die es sich nicht leisten können, sondern wir wollen die Finanzierung des Landeshaushalts über diejenigen, die große Vermögen haben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Auch bei den Einsparungen werden die Unterschiede sehr deutlich. Ihre Vorschläge, die Sie nun vorgelegt haben, sind zum einen äußerst unsozial und zum anderen unglaubwürdig. Beim Unsozialen kann man sehen, dass sich Herr Laschet, der ja für die neue CDU einen reinen Wirtschaftskurs angekündigt hat, endgültig gegen die Reste dessen durchgesetzt hat, was Herr Laumann für die Sozialausschüsse noch zu vertreten hatte. Sie legen Kürzungsvorschläge bei Arbeitslosen, bei Behinderten

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wo?)

und bei Familien vor. Sie kürzen die Mittel für die Arbeitslosenzentren. Sie sagen: keine zusätzlichen Lehrstellen für die Inklusion. Sie wollen den Behindertenbeauftragten abschaffen, der die Interessen der Behinderten vertritt. Sie kürzen genau da,

wo es am unsozialsten ist, und schonen andere. Das ist der für dieses Land falsche Weg.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Zudem sind Ihre Einsparungsvorschläge unglaublich unwürdig. Sie legen nämlich hier Kürzungsvorschläge vor oder sparen solche Vorschläge aus, während Sie in den Ausschusdiskussionen und draußen im Land dafür mehr Geld fordern. Wir haben es doch gerade beim GFG noch einmal bemerkt. Da stellt sich der Redner hier hin und sagt, da werde mehr Geld für die Kommunen gebraucht. Ja, wo ist denn Ihr entsprechender Antrag hinsichtlich dieses Bereichs? Er liegt nicht vor.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie, Herr Laumann, als Westfale, geben hier bei Haushaltsberatungen den sparsamen Lipperländer und draußen im Land den großzügigen Rheinländer. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, und das lassen die Menschen Ihnen auch nicht durchgehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie gehen hin und streichen hier Mittel für die Polizei, während Sie draußen im Land zusätzliche Polizeibeamte fordern. Diese Herangehensweise lässt sich durch viele Bereiche verfolgen. Das ist kein glaubwürdiger Weg.

Auch in Bezug auf den dritten Bereich, den der Zukunftsinvestitionen, beschreiten wir einen anderen Weg als Sie. Sie streichen bei der Bildung. Sie sagen: Wir wollen die Demografierendite bei Lehrerinnen und Lehrern zukünftig nicht mehr nutzen. Sie streichen wieder bei Kommunen, indem Sie unter anderem die Mittel für Städtebau zusammenstreichen. Das zerstört nicht nur die Chancengleichheit und die Chance auf gleiche Lebensbedingungen im Land; das ist auch finanzpolitisch falsch, weil es zukünftig zu Mehrausgaben führen wird. Die CDU hat immer noch nicht erkannt, dass Zukunftsinvestitionen nicht nur in Beton, sondern auch in Köpfe gehen muss, wenn wir dieses Land weiterentwickeln wollen.

(Beifall von der SPD)

Der von Ihnen vorgelegte Kurs im Haushalt ist unsozial; er ist unglaubwürdig und vor allen Dingen nicht in die Zukunft gerichtet. Er führt vielleicht jetzt zu kurzfristigen Einsparungen. Aber es ist klar abzusehen: Die langfristigen finanziellen Linien können damit nicht eingehalten werden, weil dieser Kurs im Bereich Soziales und in vielen anderen Bereichen zu wiederum höheren Ausgaben führen wird. Sie haben es immer noch nicht verstanden, dass wir heute präventiv in die Zukunft investieren müssen, um zukünftig zusätzliche Aufgaben zu vermeiden. Deshalb haben wir – dies haben wir im

Haushalts- und Finanzausschuss auch begründet – Ihre Anträge abgelehnt.

Lassen Sie mich ausdrücklich noch einmal etwas zum Antrag in Bezug auf die Opfer von sexueller Gewalt sagen. Wir haben im HFA sehr deutlich gesagt, dass wir es als keinen vernünftigen und ernsthaften Umgang mit diesem Thema erachten, uns im Rahmen der Haushaltsberatungen zu dieser wichtigen Frage lediglich eine Tischvorlage vorzulegen. Das ist kein ernsthafter Umgang mit einem wichtigen Thema, sondern blanker Populismus.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir behalten uns vor, diesen guten Haushaltsentwurf in der dritten Lesung noch durch weitere Anträge zu verbessern. Wir haben uns auf zumindest zwei Punkte verständigt, bei denen wir überlegen, gemeinsam noch etwas zu tun. Ich halte es für gut, weiter nach solchen Gemeinsamkeiten zu suchen. Im Grundsatz ist dieser Haushaltsentwurf ein guter; er ist in die Zukunft gerichtet, und wir werden ihm deshalb zustimmen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, Ihr bundesweiter Sonderweg in der Haushaltspolitik ist ein Fall für den Landesrechnungshof; denn der Landesrechnungshof untersucht gerade die Wirtschaftlichkeit der gesamten Haushaltsführung des Landes einschließlich seiner Landesbetriebe. Das haben sie auch bitter nötig.

In Zeiten von Idealbedingungen mit guter Konjunktur, historisch hoher Beschäftigung, historisch niedrigen Zinsen und historisch hohen Steuereinnahmen erhöhen Sie den Schuldenstand des Landes auf ein trauriges und ebenfalls historisch hohes Niveau. Mit der Fortsetzung Ihrer Politik der vermeintlich guten Schulden werden Sie selbst zum spätestmöglichen Termin im Jahr 2020 die Schuldenbremse voraussichtlich nicht erreichen. Ein rascher Haushaltsausgleich ist aber die allergrößte Priorität für die nächsten Jahre. Er ist zu schaffen, wenn man das ernsthaft will.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Sechs Flächenländer in Deutschland haben bereits ausgeglichene Haushalte. NRW hat 22 % der Einwohner Deutschlands, macht aber 61 % der Neuverschuldung aller Bundesländer. Das ist ein Missverhältnis.

(Beifall von der FDP)

Ob Gratisstudium, beitragsfreie Kita oder Sozialticket: All Ihre Wahlgeschenke machen Sie auf Pump. Das ist die wahre unsoziale Politik – nämlich gegen die Interessen der jungen Generation.

(Beifall von der FDP)

Herr Finanzminister, Sie beklagen doch so gern und so oft, dass private Vermögen in den letzten Jahren gestiegen seien. Wir aber fragen Sie, wer denn eigentlich an all den Zinsen und Zinseszinsen Ihrer Schuldenaufnahme verdient: arme Menschen, die selber gar nichts zum Verleihen haben, oder Vermögende?

Herr Finanzminister, Sie sagen, Sie brauchen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen in jedem Fall weitere Steuererhöhungen, um Ihren Haushalt überhaupt ins Lot zu bekommen. Sie hoffen auf mehr Geld vom Bund. Das ist keine Eigeninitiative, sondern eine spekulative Haushaltspolitik. Wie wäre es denn einmal mit Sparen?

(Beifall von der FDP)

Deshalb kann man nicht oft genug sagen: NRW hat in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem. Mit rund 5.700 € Ausgaben je Einwohner stehen Land und Kommunen in Nordrhein-Westfalen an zwölfter Stelle von 13 Flächenländern. NRW muss runter von den Abstiegsplätzen und ehrgeiziger werden.

(Beifall von der FDP)

Herr Finanzminister, Ihre hilflose Sparliste in Höhe von 172 Millionen € ist unambitioniert und ideenlos. An vielen Stellen passen Sie einfach bislang zu hoch geplante Ausgaben den tatsächlichen Istwerten an. Es fehlt aber an strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen. Wo bleibt der Aktionsplan zum Bürokratieabbau? Wann kommt ein Standardbefreiungsgesetz? Wo bleibt ein sinnvolles Personaleinsatzmanagement? Wo bleibt die Strukturreform Ihrer Landesbetriebe? Sie haben da noch viele unge löste Baustellen.

Privatisierungen reduzieren die wirtschaftlichen Risiken für den Steuerzahler. Sie wollen aber einen größeren Staatsanteil in Nordrhein-Westfalen. Gerade noch interessieren Sie sich dafür, Hafenteile in Duisburg zu erwerben – all das natürlich mit Geld, das dringend für die Haushaltssanierung benötigt wird. Dabei ist der Staat nicht der bessere Unternehmer.

Wohin Ihre Politik führt, kann man an der Abwicklung der WestLB eindrucksvoll sehen. Wäre der Landtag schon vor zwölf Jahren dem Vorschlag der FDP-Landtagsfraktion zur materiellen Privatisierung der WestLB gefolgt, dann wäre den nordrhein-westfälischen Steuerzahlern dieses Milliardengrab erspart geblieben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir haben die Landesregierung in diesem Haushaltsberatungsverfahren dreimal gefragt, welche konkreten Lasten neben den 5 Milliarden € für den Rettungsschirm bei Phoenix noch auf NRW zukommen. Bis heute haben wir keine Antwort darauf erhalten.

Hinzu kommt das traurige Schicksal der Portigon AG als Rechtsnachfolger der WestLB. Herr Finanzminister, wir werfen Ihnen persönlich nicht das Filzsystem zu Zeiten von Friedel Neuber vor. Das wäre unredlich. Das behandeln wir noch im parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Sie tragen vor diesem Parlament aber schon die volle politische Verantwortung für Ihre Restrukturierung der letzten zwei Jahre. Als einzige heute im Landtag vertretene Fraktion hat die FDP alle Entscheidungen Ihres Modells abgelehnt,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

nämlich die Eckpunkte 2011 und Ihr Gesetz 2012. Das geschah aus gutem Grund. Wir haben immer die Zweifel an Ihrem Geschäftsmodell dargestellt. Wir haben kritisiert, in welchem Maße Sie die Lasten überproportional auf die Steuerzahler des Landes NRW abgeladen haben.

Heute wissen wir: Die Portigon AG muss nach bereits im letzten Jahr erfolgtem Personalabbau in beträchtlicher Größenordnung weitere 1.700 Stellen streichen, weiß aber nicht, wie. Herr Finanzminister, Sie haben sich als Minderheitseigentümer danach gedrängt, für 90 % des Personals einzustehen. Das liegt dann schon in Ihrer Verantwortung.

(Beifall von der FDP)

Wenn man schon als Minderheitseigentümer 90 % des Personals übernimmt, braucht man wenigstens ein Konzept, welches man den Menschen anbietet, um einen sinnvollen Arbeitseinsatz zu organisieren. Es ist ein bundesweites Novum, dass ein Betriebsrat klagt, weil Arbeitnehmer unterfordert sind, da sie keine Aufgaben mehr haben. Dabei schaffen Sie munter Hunderte neue Stellen im Landesdienst, am liebsten in der Umweltverwaltung, ohne für diejenigen zu sorgen, für die Sie auf Dauer ohnehin die Verantwortung tragen.

(Beifall von der FDP)

Der einzige Streitpunkt besteht in der Frage, wie viele Mitarbeiter nicht ausgelastet sind. Ver.di kann den Eindruck des arbeitslosen Einkommens nicht im Raum stehen lassen und sagt, es seien „nur“ 25 % und nicht mehr. 25 % von 2.600 Stellen sind 650 Menschen, 650 Beschäftigte, die Sie bezahlen, die qualifiziert sind und arbeiten wollen, von Ihnen aber keine Arbeitsaufgaben bekommen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch ein Fall für den Landesrechnungshof.

(Beifall von der FDP)

Portigon-Chef Voigtländer hat dazu öffentlich erklärt, das Problem mit dem Personalabbau sei, dass – ich darf zitieren – „zum Teil die falschen Mitarbeiter gegangen sind und teilweise die falschen Mitarbeiter noch da sind.“

Ich frage Sie ernsthaft, Herr Finanzminister: Wissen Sie, was das für die Motivation der verbliebenen Arbeitskräfte bedeutet, wenn man da zu den „Falschen“ gehört? Was bedeutet das für die Akquise neuer Kunden, wenn die diesen Eindruck bekommen, wer da noch arbeitet? Was bedeutet das für Ihre Bemühungen, private Investoren zu finden, damit im Jahre 2016 nicht sofort die Liquidation von Portigon erfolgt?

In Ihrem Koalitionsvertrag sagen Sie auf Seite 6 unter dem Titel „NRW setzt auf gute Arbeit ...“, dass Sie sich nicht damit abfinden wollen, dass der Anteil unsicherer Arbeit immer größer wird. Wir fragen Sie: Gilt diese hehre Anspruch denn nur für Private und nicht auch für die öffentliche Hand? Wir erwarten nun von Ihnen statt freundlicher Worte konkrete Taten, die unser Land voranbringen – in allen Politikfeldern, aber insbesondere auch in der Haushaltspolitik. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Witzel, Sie schaffen es immer wieder, einen bei dem, was Sie vortragen, fassungslos zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich erinnere mich dunkel – eigentlich relativ hell –, dass zwischen 2005 und 2010 eine Freie Demokratische Partei als Fraktion die Regierung mit gestellt und auch Regierungsmitglieder abgestellt hat. Ich erinnere mich auch dunkel, dass 2010 FDP und CDU im Bund regiert haben und den Restrukturierungsplan, der an die EU gegangen ist, als Bundesregierung nicht nur mit unterschrieben, sondern auch mit zu verantworten haben. Dass Sie mit den Folgen der WestLB-Abwicklung jetzt so gar nichts mehr zu tun haben, kann auch nur Ralf Witzel in seinem Konglomerat darstellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind die einzige Fraktion, die so dreist ist und trotz Verantwortlichkeit in verschiedenen Feldern ohne jede Haftung munter daherschwafelt und mit dem ganzen Thema nichts zu tun hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Witzel, eines kommt noch hinzu: Sie haben es in einer Plenardebatte geschafft, den BLB-Skandal als größten Bauskandal des Landes

zu schildern – dabei will ich Ihnen uneingeschränkt zustimmen –, und zwar so, als ob Sie damit nichts zu tun haben. Aber Ihre Kabinettsmitglieder, Herr Wolf und Herr Pinkwart, haben sogar persönlich zugestimmt, dass dieses passiert. So dreist und unverantwortlich zu handeln, kann nur Ihnen passieren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Optendrenk, einige Ihrer Formulierungen fand ich ganz Spaßig.

(Christian Lindner [FDP]: Mehr sagen Sie zu Portigon nicht?)

– Das ist doch meine Sache, Herr Kollege, oder?

(Christian Lindner [FDP]: Das spricht für sich!)

Ich komme zu einigen Punkten, die Herr Kollege Optendrenk in seiner Rede vorgetragen hat. Sie haben – das finde ich auch aller Ehren wert, da möchte ich Herrn Zimkeit zustimmen –, sich die Mühe gemacht, etliche Vorschläge für den Landeshaushalt vorzutragen.

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

Aber wenn man sich die Substanz ansieht, schmilzt der Berg binnen Sekunden nicht zu einer Maus, sondern zu einem minimalen Schneebällchen zusammen, weil es technisch schon nicht geht.

Sie haben seinerzeit unter anderem vorgeschlagen, das Schweizer Steuerabkommen mit 547 Millionen € in den Landeshaushalt einzurechnen. Das ist schlicht kalter Kaffee, und Sie haben dies auch im HFA nicht mehr beantragt.

Sie haben 250 Millionen € Einsparung von Studiengebühren eingerechnet. Das ist technisch nicht möglich und schmilzt auch zusammen. Das gilt auch für die 150 Millionen € für die Kita-Gebühren.

Von Ihren Vorschlägen bleibt also nicht viel übrig. Aber einige Erkenntnisse – ich komme gleich zur sozialen Bewertung der Vorschläge – haben wir doch mitgenommen. Sie haben zugestanden – deswegen ist es auch gut, konkret zu werden –, dass die 350 Millionen €, die wir im Stärkungspakt bereitgestellt haben, genau die richtige Summe sind, nachdem Sie zwei Jahre hier im Landtag Zeter und Mordio geschrien haben, dass das viel zu wenig Geld sei. Jetzt erkennen Sie, dass mehr Geld angesichts der Haushaltslage nicht möglich ist, und konstatieren das mit Ihrem Vorschlag ausdrücklich.

Die Pirouetten, die Sie bei Studiengebühren – das haben wir Ihnen mehrfach vorgetragen –, bei Kita-Gebühren, aber jetzt auch beim Stärkungspakt, schlagen, müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen. Ich appelliere an Herrn Kollegen Kuper und andere aus dem Kommunalbereich, das künftig in ihren Haushaltsreden zu berücksichtigen und ihre Anfeindungen der letzten zwei Jahre zumindest abzustellen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Zur Finanzverwaltung kritisieren Sie den Einsparvorschlag, die Oberfinanzdirektionen zusammenzulegen. Es war diese rot-grüne Landesregierung, die mit einer ihrer ersten Maßnahmen dafür gesorgt hat, dass es im Bereich der Steuerprüfer und der Steuererfahrung zu einem Aufwuchs gekommen ist. Endlich gibt es wieder eine Perspektive in der Finanzverwaltung. Es werden nicht nur mehr Leute, sondern auch höherqualifizierte Leute eingesetzt, weil deutlich mehr auf die Ausbildung gesetzt wird. Das möchte ich noch einmal festhalten.

Eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasse ich mir heute auch nicht nehmen: Mit dem Haushalt 2010, spätestens 2011 ist im Landtag ein echter Politikwechsel eingeläutet worden. Wir haben gegen den erbitterten Widerstand von CDU und FDP hier im Landtag strukturell 1 Milliarde € mehr für die Kommunen bereitgestellt – die Linke hatte damals noch mehr gefordert –, und heute tun Sie so, als ob das noch zu wenig wäre und wir viel mehr tun müssten.

(Zuruf von den PIRATEN: Die sind aber nicht mehr da!)

– Ja, Gott sei Dank.

Was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, aber weiterhin tun, ist, einen großen Batzen Ihrer Vorschläge im Dunkeln zu verstecken. Sie schlagen vor, im Bereich der Förderprogramme im ersten Jahr 5 %, aufwachsend auf 20 %, einzusparen. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, das zu berechnen – weil Sie ja nie so ganz genau sagen, was Sie wollen. Wenn wir die freiwilligen Programme nehmen, kommen wir auf ein Volumen von 1,2 Milliarden €. Bei diesen 1,2 Milliarden € sind schon allein 380 Millionen € für den offenen Ganztag bei den Grundschulen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wenn Sie auf die Summen kommen wollen, nämlich 116 Millionen €, sind es nicht 4 %, sondern 9 % respektive im Endausbau 45 %, wenn wir uns auf diese 1,2 Milliarden € beziehen. Das würde zum Beispiel bedeuten, dass bei JeKi von 10 Millionen nur noch 5,5 Millionen € übrig bleiben, dass beim Kinderjugendförderplan, wenn Sie die größere Variante nehmen, nicht mehr 100 Millionen €, sondern nur noch 60 oder 80 Millionen € übrig bleiben, je nachdem, wie man rechnet.

Wenn Sie den großen Batzen einrechnen, also auch die landesgesetzlichen Aufgaben, was Sie im HFA ausdrücklich gesagt haben, kommen wir auf 2,9 Milliarden. Dann sind aber zum Beispiel 1,2 oder 1,3 Milliarden € Ersatzschulfinanzierung dabei.

Sind Sie der Auffassung, 260 Millionen € bei der Ersatzschulfinanzierung zu streichen? Dann aber offenes Visier, lieber Kollege! Dann ab auf die Straße und sagen, wir wollen bei diesen Schulen 260 Milli-

onen € einsammeln, einen Antrag machen bzw. einen Gesetzentwurf vorlegen, wo das drinsteht, und sich nicht verstecken und sagen, Rot-Grün könnte nicht sparen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Einen Punkt, der in der Bundespolitik vor kurzer Zeit eine große Rolle gespielt hat, aber auch im Landeshaushalt eine Rolle spielt, will ich mir an der Stelle nicht verkneifen, und zwar das Thema „Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen“. Da verlaublich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Kollege Laumann, allen Ernstes, dass Kinder ein Anrecht auf Vater und Mutter hätten und nur diese steuerlich vom Ehegattensplitting bzw. von steuerlichen Maßnahmen in gleicher Weise profitieren sollen.

Erstens. Herr Kollege Laumann, neben der Tatsache, dass das, was Sie hier erzählen, nicht nur in den 50er-Jahren schon unmodern war, ist es Fakt, dass ein Drittel der Kinder nicht mit beiden Elternteilen aufwächst. Vielleicht nehmen Sie das auch einmal zur Kenntnis.

Das Zweite ist die Zerrissenheit der CDU an dieser Stelle, sodass am Ende des Tages die CDU wieder vom Bundesverfassungsgericht zu einer fairen Lösung gezwungen werden muss oder möglicherweise im Herbst – darauf setze ich dann ein Stück mehr als auf das Bundesverfassungsgericht – ein Regierungswechsel in Berlin passiert. Das ist doch ein Trauerspiel für diese sogenannte Volkspartei.

Ich kann Sie, Herr Kollege Laumann, nur auffordern: Sorgen Sie in der Bundespartei dafür, dass sich halbwegs nicht einmal fortschrittliche, sondern einfach klar denkende Menschen durchsetzen und es zu einer Gleichstellung auch der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften kommt. Das wird ohnehin kommen; Sie werden dazu gezwungen werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt – wie er heute vorgelegt wird – ist in der Tat zukunftsweisend. Er ist auch ein Meilenstein auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse, weil bis zum Jahr 2016 die Verschuldung bis auf 1,6 Milliarden € abgeschmolzen wird. Deswegen ist mir nicht bange um diesen Landesfinanzminister.

Aber um einen Punkt ist mir schon bange. Wenn sich auf Bundesebene weiterhin diese rückwärts-gewandte Politik durchsetzen sollte, die zulasten der Armen spart und die Reichen entlasten möchte, die nicht für die Kommunen sorgt und nicht die richtigen Weichen stellt, dann haben wir eine erheblich schwierigere Aufgabe, als wenn andere Farben in Berlin regieren.

Deswegen freue ich mich auf die Auseinandersetzung nicht nur bei diesem Haushalt, sondern auch bei künftigen Haushalten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Stein.

Robert Stein (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zuschauer auf der Tribüne und auch die Menschen im Stream möchte ich herzlich begrüßen.

Herr Mostofizadeh, Sie haben gerade gesagt: Der Politikwechsel ist eingeläutet. Ich kann auch sagen, welches Motto Sie haben: Neue Schulden noch und nöcher, unser Haushalt hat nur Löcher! So sieht es aus.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir Piraten haben sehr moderate Forderungen gestellt. Ich hoffe, dass wir, Herr Zimkeit, auch im Konsens noch einmal über unsere Forderungen reden können. Da sei der Vorschlag zum Open Government, Modellkommune 2.0, zu nennen. 100.000 € haben wir gefordert. Wir haben Internettools wie „Liquid Feedback“, um die Bürgerbeteiligungen in den Kommunen zu steigern. Es gibt Ansätze wie FixMyStreet, wo die Menschen Schäden an den Straßen melden können. Das ist wirklich eine Kostenersparnis, auch verbunden mit höherer Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Das stärkt die Demokratie, und das sind wichtige Ansätze.

Unter anderem fordern wir lizenzfreie Lehrbücher für die Schulen. Dort haben wir einen Ideenwettbewerb vorgeschlagen. 100.000 € wollen wir dafür haben. Auch da müssen Sie sehen, dass, wenn eines Tages die ganzen Lizenzgebühren wegfallen, dort Ersparnisse in mehrfacher Millionenhöhe möglich sind. Wir haben das einmal überschlagen. Wenn man das zum heutigen Zeitpunkt nimmt, birgt das allein Einsparpotenziale von 40 Millionen € in sich. Das bitte ich ordentlich zu berücksichtigen.

Für Open Access machen wir Vorschläge. Wir wollen dort nicht diese Digital-Publishing-Geschichte von Ihnen erwähnen, wo einfach eine Internetseite aufgemacht wird, wo ein paar E-Papers verlinkt werden, die teilweise wohl gar nicht mehr aufrufbar sind. Nein, wir wollen vor allem, dass alle steuerfinanzierten Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Und die Hackerspaces, ein Teil neuer Internetkultur – das ist Förderung neuer Kultur, und das sind die Ideenschmieden der Zukunft. Die Gesellschaft wandelt sich. Dem müssen wir uns alle stellen. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir diese Bereiche unterstützen.

Das sind unsere Forderungen. Wir laden Sie dazu ein, mit uns darüber zu reden und sie nicht einfach nur abzulehnen, wie Sie es getan haben.

Auf einen bemerkenswerten Punkt muss ich eingehen. Wir haben auch Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht, insbesondere im Einzelplan 20. Wir haben vorgeschlagen, dass die Zuschüsse im Zusammenhang mit der geordneten Stilllegung des THRT-300 in Hamm-Uentrop nicht vom Steuerzahler getragen werden sollen.

(Der Abgeordnete hält den Koalitionsvertrag hoch.)

Jetzt nehme ich mir Ihren Koalitionsvertrag. Da habe ich mir eine Seite markiert, Seite 41. Die werde ich jetzt auszugsweise – mit Erlaubnis, Herr Präsident – zitieren:

„Der Rückbau der Atomruinen AVR Jülich und THRT Hamm-Uentrop wird noch Jahrzehnte dauern und insgesamt Milliarden Euro kosten.“

Vollkommen richtig.

„Insbesondere im Hinblick auf die ungeklärte Finanzierung des Rückbaus des THTR werden wir die früheren Betreiber bzw. Rechtsnachfolger und Eigentümer in die finanzielle Verantwortung nehmen.“

Hört, hört: in die finanzielle Verantwortung nehmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das ist schön. Warum tun Sie es dann nicht?

Ich habe hier mit der Vorlage 16/403 ein Schreiben, unterzeichnet von Ihrem Minister Remmel. Das wird jetzt besonders unangenehm. Denn ein Argument heißt ja immer: Das Land ist vertraglich verpflichtet, so zu handeln. Ich zitiere aus dem Schreiben:

„Da die in der 2. Ergänzungsvereinbarung getroffenen Finanzierungsregelungen zum Ende des Jahres 2009 ausgelaufen sind, beschäftigt sich seit Mitte des Jahres 2008 eine Arbeitsgruppe des Landes Nordrhein-Westfalen ... mit der Erarbeitung einer Finanzierungsregelung für den Zeitraum 2010 bis 2022.“

Achtung:

„Bislang konnte unter den Beteiligten noch kein Einvernehmen über den Abschluss dieser Vereinbarung erzielt werden.“

Es gibt also überhaupt keine finanzielle Not und gar keine vertragliche Pflicht, weiter so vorzugehen.

(Zuruf)

– Ja, so einfach ist das nicht. Ich stelle es jetzt aber so dar.

(Beifall von den PIRATEN)

Ihr Koalitionsvertrag sagt auf Seite 41 ganz deutlich, dass Sie dort eben nicht die Steuerzahler in die Pflicht nehmen wollen, sondern das Betreiberkonsortium. Wenn Sie glaubwürdig sein wollen, dann handeln Sie auch so! – Danke sehr.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der Opposition, unterschätzen Sie bitte die Menschen im Land nicht so, dass sie nicht in der Lage wären, ein solches Sammelsurium als das zu bewerten, was es ist, was Sie hier an vermeintlichen Einsparungsmöglichkeiten vorschlagen, an Vorbildern, die Sie uns hier mit sieben Ländern, die ihren Haushalt ausgeglichen haben, vorführen, und an Beispielen, wie man einen Haushalt sanieren oder konsolidieren kann.

Eins vorweg: Diese Landesregierung und ich persönlich haben immer wieder erklärt, dass wir dafür zu sorgen haben, dass wir die Probleme von heute auch heute lösen müssen und dass vor allem das, was wir heute verbrauchen, auch heute bezahlt werden muss. Deshalb gibt es eine Schuldenbremse im Grundgesetz. Und diese Schuldenbremse im Grundgesetz gilt auch für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Robert Stein [PIRATEN])

Im Grundgesetz steht nicht, dass der Staat künftig kein Geld mehr haben darf, für gute Bildung, für gute Straßen, für Schienenwege, für öffentliche Sicherheit, für sozialen Zusammenhalt. Im Grundgesetz steht, dass die Ausgaben mit den Einnahmen in Übereinstimmung zu bringen sind. Deshalb stehen wir zu dem Dreiklang aus einem sparsamen Umgang mit Steuergeldern, aus dem Investieren an der richtigen Stelle, aber eben auch, dafür zu sorgen, dass die Einnahmen hereinkommen.

Und das Allererste ist, dass die Einnahmen von denen hereinkommen, für die es schon Gesetze gibt, dass sie ihre Steuern zu zahlen haben. Es sind nicht die kleinen Leute, die sich mit großen Beträgen auf den Weg machen und in anderen Ländern ihr Geld schwarz anlegen und damit diesem Gemeinwesen schaden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da, wo Sie bisher Verantwortung getragen haben, hier in diesem Land, aber auch auf der Bundesebene, da wird in Wirklichkeit nicht konsolidiert, da wird immer wieder verschoben. Es wird so verschoben, dass am Ende vor allem schwache Schultern zu zahlen haben. Entweder wird das direkt durch Kürzungen gemacht oder durch das finanzielle Ausbluten der Kommunen, wie Sie es in Ihren fünf Regierungsjahren hier gemacht haben.

Wer sich heute hinstellt und Vorschläge macht, wie man den Haushalt konsolidiert, und dabei eine runde Milliarde Euro dadurch erzielt, dass man die Stu-

diengebühren als einziges Land bundesweit wieder einführt, dass man Beiträge für Kindergärten erhebt, und dass man nach einem abgelehnten Abkommen immer noch davon träumt, Zahlen, die nie realistisch waren, aus der Schweiz bekommen zu können, der hat keine Vorschläge zur Ausgabensenkung gemacht, sondern es sind drei Vorschläge zur Einnahmesteigerung.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Die kommen allerdings nicht von denen, die die großen Einkommen und die großen Vermögen haben, sondern von den Eltern und den Studierenden, die dann bezahlen sollen. Sie machen das über den Wink, dass Sie sagen, es seien unter anderem auch gut verdienende Eltern dabei. Sie können ja einmal Herrn Seehofer fragen, was der im Interview mit der „Rheinischen Post“ gesagt hat, als man ihn genau darauf angesprochen hat. Er hat deutlich gemacht, dann könne man hinsichtlich des kostenlosen Abiturs genauso argumentieren, dass am Ende die Krankenschwester das Abitur der Reichen bezahlt.

(Christian Möbius [CDU]: Bayern kann es sich aber leisten!)

Es ist ja auch so schön, dass Sie hier immer die Gelegenheit haben, wenn wir über Einzelplan 12 und Einzelplan 20 reden, alles, was Sie schon immer sagen wollten, zum Besten zu geben. Dazu gehört dieser wunderschöne Antrag mit den sieben Ländern, die uns vormachen, wie man einen Haushalt ausgleicht.

Fangen wir einmal mit den Bayern an: Die Bayern haben in der Tat einen ausgeglichenen Haushalt. Man muss aber prüfen: Machen die das, indem sie für wichtige Dinge des Landes nichts mehr ausgeben? Oder haben sie nicht sogar verhältnismäßig hohe Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung? Das Glück für Bayern ist, dass es nie diesen riesigen Umbau, den unser Land zu bewältigen hatte, hat bewerkstelligen müssen. Jeder, der an seinem eigenen Haus schon etwas machen musste, weiß, dass Neubau immer einfacher ist als Umbau. Der Neubau ist auch noch von unserem Land mit dem Länderfinanzausgleich mitbezahlt worden,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und davon profitiert Bayern bis heute.

Es hat ja nicht nur damals Finanzflüsse gegeben. Heute gehen sehr viele Bundesprogramme, Forschungsprogramme in den Süden. Wenn man sich dann fragt, wo denn die Zentren der Wirtschaftskraft von Bayern liegen, dann ist das zum Beispiel München mit einem erfolgreichen sozialdemokratischen Oberbürgermeister.

(Beifall von der SPD – Heiterkeit von der FDP)

Wenn man dann noch ein Stück weiter guckt, stellt man fest, dass der ländliche Raum von erheblichen

Mitteln aus der europäischen Förderung profitiert. Es ist ja schön, wenn man Durchschnitte bildet, wenn man Zahlen anführt und sich überlegt, wie man diese am besten für sich interpretieren kann. Winston Churchill, der immer gesagt hat: „Ich fälsche mir meine Statistiken selber“, hätte seine wahre Freude an Ihnen.

Jetzt schauen wir uns das zweite schöne Beispiel von Ihren Ländern an: Sie bringen es fertig, sieben Länder aufzuführen. Das zweite ist das Land Berlin.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir haben von sechs Flächenländern gesprochen!)

– Sie, Herr Witzel, haben nur von sechs Ländern gesprochen und haben den Stadtstaat weggelassen. Sie haben das geschickt gemacht und gesagt: sechs Flächenländer.

In dem Antrag der CDU ist von sieben Ländern die Rede, dazu gehört Berlin. Jetzt fragen Sie doch einmal Herrn Söder und Herrn Seehofer, wie die das finden, dass Sie die sieben hier als Länder mit ausgeglichenem Haushalt darstellen. Wir stehen zu dem noch geltenden Recht bis 2020, aber da ist ein erheblicher Anteil, es sind Milliarden darin enthalten, mit denen der Haushalt ausgeglichen wird, die von den Geberländern, unter anderem vom Land Nordrhein-Westfalen, stammen.

Dann betrachten wir einmal die anderen Länder. Da mache ich jetzt gar keinen Unterschied, aber der wunderschönste Wunderknabe ist ja Sachsen. Da wissen wir, dass sie zwischen vier und fünf Millionen Einwohner haben und jedes Jahr 6 Milliarden € in ihren Haushalt bekommen und sich hinstellen und sagen: Guckt euch das einmal an; wir gleichen unseren Haushalt aus! – Wenn wir das hochrechnen und als Nordrhein-Westfalen nicht 2 Milliarden € zahlen, sondern bei 17 Millionen Einwohnern vier Mal so viel wie die Sachsen bekommen würden, dann würden wir in fünf Jahren unsere Schulden abtragen, nicht nur den Haushalt ausgleichen.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber ich mache da überhaupt keine Ausnahme: Das gilt genauso für die schwarz-rot oder rot-schwarz regierten anderen Länder im Osten.

Wir haben ein Thema zu bewältigen – das muss man ganz deutlich sagen –: Nordrhein-Westfalen hat mit einer starken Wirtschaft in diesem Land die Stärken der Starken. Wir können bei allen Vergleichswerten mithalten. Deswegen zahlen wir ja auch so viel Umsatzsteuer im Umsatzsteuerausgleich. Aber wir haben aufgrund des Strukturwandels auch Schwächen wie die Schwachen. Der Unterschied ist, dass wir bei den Stärken der Starken daran teilzunehmen haben, dass wir in den gemeinsamen Topf zahlen müssen. Aber bei den Schwächen der Schwachen wird ein Unterschied zwischen

den Schwächen im Osten Deutschlands und den Schwächen im Westen Deutschlands gemacht.

Deswegen sage ich ganz klar: Wir haben mit Sicherheit einiges zu korrigieren. Ich würde noch weiter gehen und sagen: Wir haben sogar einiges zu beklagen. Nur wir klagen nicht. Denn eine Klage vor dem Verfassungsgericht ist nicht die Lösung. Vielmehr muss man jetzt die Zeit nutzen, wie die Vergangenheit zeigt: 1999 ist auf Betreiben von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ergangen, das dann zu einem Vertragswerk geführt hat, das ab 2005 galt, also erst sechs Jahre später. Das heißt, wir müssen jetzt alles tun, um auf dem Verhandlungsweg eine gute Anschlusslösung zu erreichen.

Wenn wir uns dem Jahr 2020 näherten, dann ist mir nicht bange, dass Nordrhein-Westfalen einen Ausgleich hinbekäme, wenn es denn mit seinen Stärken für seine Schwächen sorgen dürfte. Aber das sieht in Ihren Beispielländern ganz, ganz anders aus. Ich wüsste gerne, was Sie dann hier für Anträge stellen würden.

Aber wir warten ja nicht darauf, sondern haben einen Plan; etwas, was Sie nicht haben, wenn man sich anguckt, was Sie hier vorschlagen bzw. was Sie über lange Zeit überhaupt nicht vorgeschlagen haben. Bei unserem Plan mussten wir mit den 6,6 Milliarden € neue Schulden anfangen, die ich von meinem Vorgänger Linssen übernommen habe. Für das Jahr 2020 steht in unserem Plan eine Null, die wir mit einem klaren Plan zum Abbau der Neuverschuldung erreichen wollen. Für drei Jahre können wir diesen ambitionierten Planwerten schon Istwerte gegenüberstellen, die allesamt deutlich besser ausgefallen als die Planwerte, die schon zur Null führen. Sie sind immer zu mehr als der Hälfte durch weniger Ausgaben und zu weniger als der Hälfte durch Mehreinnahmen erreicht worden.

Wenn wir es ernst damit nehmen, dass für uns der Ausgleich des Haushaltes nicht gleichbedeutend ist mit einem Austrocknen mit dem Erfolg, dass die Schäden alle in der Zukunft auftauchen, wenn wir wirklich eine nachhaltige Konsolidierung betreiben wollen, dann gucken Sie sich dieses Planwerk doch einfach einmal an. Aber geben Sie nicht nur all das, was Sie immer schon einmal sagen wollten, hier zum Besten.

Und kommen Sie, Herr Witzel, auch nicht mit dem Thema „Portigon“. – Es ist nicht meine Aufgabe, persönlich dafür zu sorgen, dass die Menschen, die dort arbeiten, beschäftigt sind. Portigon ist eine AG, und es gibt ein Management.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie tragen die politische Verantwortung für die Übernahme von 90 % des WestLB-Personals!)

– Wir können lange darüber sprechen. Wenn Sie dabei allerdings immer Ihren Standardsatz, der Staat sei der schlechtere Unternehmer, einwerfen,

dann gucken wir uns doch einmal die privaten Banken und deren Beschäftigungspolitik an. Das ist doch „wunderbar“, was bei der Commerzbank, bei internationalen Banken, bei HSBC und bei anderen derzeit geschieht!

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wir haben da durchaus etwas zu lösen. Das ist ein schweres Problem, das wir vor der Brust haben, weil es im gesamten Bankensektor, und zwar nicht ohne Zutun eben dieses Bankensektors, zu diesen Verwerfungen gekommen ist.

Wir sollten uns jetzt nicht gegenseitig mit solchen Ammenmärchen versuchen vorzuführen, sondern die Sache wirklich ernsthaft angehen. Sie tun den Menschen, die bei Portigon arbeiten, mit dieser Art, mit der Sie im Vorder- und vor allen Dingen im Hintergrund Pressearbeit betreiben, sicher keinen Gefallen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben einen Haushaltsplan vorgelegt, der ein Baustein ist in einer Konsolidierung, die von Nachhaltigkeit geprägt ist, die darauf setzt, dass dieser Staat spart, aber nicht kaputtspart, sondern wirklich in einer Weise Einnahmen und Ausgaben in Übereinstimmung bringt, dass Aufgaben des Staates so, wie die Menschen es von uns erwarten, auch erledigt werden können.

Nur noch ein Beispiel, und zwar in Bezug auf die von Herrn Stein erwähnten 900 Millionen €, die aber in den nächsten Haushalt gehören. Das ist ein schönes Beispiel dafür, dass jemand nicht versteht, wo der Unterschied zwischen strukturell und nicht-strukturell liegt. Sie sagen, um diese 900 Millionen € – sie sind zwangsläufig für die WestLB zu zahlen, weil es sich um von der Vorgängerregierung ausgesprochene Garantien handelt –, die einmalig auftreten, hätte man den Verbundsatz erhöhen können mit der Folge, dass dann 900 Millionen € jährlich zusätzlich kämen. Wer das einmal nachrechnet, der kann sich ausrechnen, wie seriös und wie tragfähig die Vorschläge sind, die ich hier heute gehört habe. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1 Minute und 28 Sekunden überzogen hat. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hahnen das Wort.

Uli Hahnen (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätte ich heute bei der Beratung des Einzelplans 12 in Verbindung mit dem Einzelplan 20 von Ihnen, Herr Dr. Optendrenk, und von Ihnen, Herr Witzel, einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung erwartet. Wenn ich sehe, welchen Anfein-

dungen aus der Schweiz die Damen und Herren aus der Finanzverwaltung ausgesetzt waren, die in der ganzen Zeit dieser Anfeindungen von Ihnen keine Unterstützung bekommen haben, wäre es doch zumindest heute der richtige Zeitpunkt gewesen, eine Unterstützung auszusprechen.

Ich hätte eigentlich auch erwartet, dass Sie ein Lob für die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen dafür gefunden hätten, dass es uns immerhin gelungen ist, im Bereich der Betriebsprüfung zusätzliche 200 Stellen zu schaffen, und dass es uns gelungen ist, die Ausbildungskapazitäten deutlich zu erhöhen. Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, warum Sie da schweigen.

Denn dann, wenn eine Regierung gute Arbeit leistet, müsste man eigentlich als Opposition auch einmal reagieren und deutlich machen, dass es auch gute Dinge gibt, die andere tun, und dass nicht nur 84 Anträge zählen, die man stellt, die hier ja alle schon beleuchtet worden sind. Sie sind mehr schlecht als recht und insgesamt einer schlechter als der andere. Es zählt nicht das, was man an Masse bietet, sondern das, was man an Qualität in der Arbeit bietet.

Ein zweiter Punkt: Herr Witzel, Sie stellen sich heute hier ans Rednerpult und fordern diese Regierung auf, Bürokratie abzubauen. – Nun ist die Karnevalszeit vorbei, in der Sie sich als Häuptling „Doppelte Zunge“ hätten bewerben können; das wäre ja möglich gewesen. Vielleicht überlegen Sie sich das dann schon einmal als Karnevalsgag für das nächste Jahr.

Wo ist denn bei der Diskussion um den Abbau der Doppelstrukturen der Oberfinanzdirektionen eigentlich Ihr Lob geblieben? Wo ist Ihr Lob geblieben? Herr Dr. Optendrenk hat erklärt, es gäbe keine Verbesserungen, sondern das wäre eine Schwächung der Finanzverwaltung.

Ich sage Ihnen: Dieser Minister hat in Sachen „Abbau von Doppelstrukturen“ ein Zeichen gesetzt. Und er hat hinzugefügt, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitnehmen zu wollen. Er hat bei seinen Besuchen in den Oberfinanzdirektionen deutlich gemacht: Jawohl, wir wollen das im Einklang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machen. – Ich glaube, er nimmt auch beim Bürokratieabbau eine gewisse Vorbildfunktion wahr.

ine letzte Bemerkung meinerseits, Herr Dr. Optendrenk und Herr Witzel, ist eine sehr persönliche. Ich habe mich über einen Teil Ihrer Ausführungen sehr gefreut. Sie haben gesagt, wir würden im Jahr 2020 als Regierung erleben, dass wir die Schuldenbremse nicht eingehalten haben. Sie gehen also immerhin davon aus, dass Rot-Grün 2020 noch an der Regierung ist. Das finde ich gut. Vielen Dank dafür!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Für die CDU-Landtagsfraktion spricht Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Lieber Kollege Hahnen, vorab der Hinweis: Ich habe nicht verstanden, warum ich den Minister wegen des vermeintlichen Abbaus von Doppelstrukturen bei den OFDen loben soll; denn die Doppelstrukturen erweisen sich bei näherem Hinsehen ja gar nicht als solche.

Nordrhein-Westfalen ist ein sehr großes Land. Keine einzige Aufgabe entfällt durch Zusammenlegung der Aufgaben; vielmehr fallen mehr Reisekosten dadurch an, dass die Leute beispielsweise von Köln nach Münster fahren und die Steuerberater ebenso wie die Steuerpflichtigen weite Strecken zurücklegen müssen. Und insbesondere können die OFDen ihre Servicefunktionen für die Finanzämter nur sehr viel schlechter wahrnehmen. Von daher sehe ich den genannten Vorteil nicht.

(Beifall von der CDU)

Herr Finanzminister, ich komme noch einmal zurück auf die Situation der anderen Länder im Vergleich zu unserem Land. Sie haben eine Aufgabe, über die Sie sich in Ihrem eigenen Nachhaltigkeitsbericht noch einmal versichern können. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung steht im Anhang unter A 93, dass Sie ab 2017 laut Ihrer eigenen Finanzplanung nur noch ein Ausgabenwachstum von 0,27 % haben dürften, um 2020 unter Beachtung demografischer Veränderungen die Schuldenbremse einhalten zu können.

Nun planen Sie aber in Ihrer eigenen mittelfristigen Finanzplanung – Seite 27 der Drucksache 16/1401 – mit Ausgabenzuwächsen von durchschnittlich 2,5 %. Die Eckwerte 2014 sehen sogar ein Ausgabenwachstum von 5 % vor.

Wer soll Ihnen denn da abnehmen, dass Sie im Länderfinanzausgleich auf der letzten Stufe nicht weiterhin fröhlich Nehmer bleiben oder dass Sie nicht weiterhin neue Schulden aufnehmen wollen? Wer soll Ihnen denn Ihre Konsolidierungsabsicht abnehmen?

(Beifall von der CDU)

Deshalb reden Sie am liebsten über andere Länder und nicht über Ihren eigenen Haushalt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr verehrter Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Herr Finanzminister, Sie haben natürlich völlig recht: Es geht an dieser Stelle darum, dass alle zu allem etwas sagen können.

Tatsächlich haben jedoch noch nicht alle zu allem etwas gesagt. Die Redezeit reicht überhaupt nicht aus, um diesen Haushalt im Detail auch nur ansatzweise hier im Plenum zu erörtern. Dafür haben wir ja die Ausschüsse; aber auch dort reicht die Zeit nicht aus. Wir als Legislative haben ein enormes Problem damit, die gewaltigen Aufgaben der Finanzgesetzgebung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beherrschen. Das muss man sich einmal ganz bewusst vor Augen führen.

Natürlich könnte man – der Kollege Hahnen hat es bereits gesagt – dem Finanzministerium und den vielen Mitarbeitern einmal ein Lob aussprechen. Sie legen uns die Zahlen vor, und wir müssen hier über diese Zahlen beraten.

Die Opposition übernimmt in der Regel den Part, diese Zahlen zu kritisieren. Das ist auch richtig und gut so. Ich kritisiere an dieser Stelle noch einmal, was heute bereits mehrfach angeführt worden ist: Das ist der von der Regierungskoalition vorgetragene Dreiklang.

Ich sehe hier, genau wie bei der Haushaltsberatung zum Haushalt 2012, immer noch einen Missklang. Ich will natürlich nicht verkennen, dass man vielleicht auf einem guten Weg ist.

Aber: Wovon reden wir hier? – Wir reden vom Sparen. Das ist ein wesentliches Kriterium; Sie haben es angeführt. Der Herr Finanzminister sprach gerade vom „sparsamen Ausgeben“. Jetzt könnte man ja sagen: Sparen und sparsames Ausgeben ist ungefähr das Gleiche.

Sie haben einen Sparhaushalt vorgelegt, in dem Sie Einsparungen in Höhe von 152 Millionen € vorschlagen. Hierfür gab es von allen Seiten Kritik. Es hieß, das Ganze sei nicht ambitioniert genug, es sei zu wenig.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: 142 Millionen strukturell!)

– Strukturell. Aber was sind denn 142 Millionen € strukturell, wenn Sie in den neuen Eckdaten für den Haushalt 2014 bereits verkünden, Herr Finanzminister, dass bis 2017 strukturell 1 Milliarde € eingespart werden soll? Wir befinden uns im Jahr 2013, und wenn wir die Zahlen für jedes Jahr ungefähr gleich hochrechnen, kommen wir nicht auf die 1 Milliarde €.

Fakt ist aber: 1 Milliarde € wird definitiv nicht reichen, um bis 2020 die Schuldenbremse einzuhalten. Das muss man ganz klar feststellen. Wir können uns natürlich auf die mittelfristige Finanzplanung zurückziehen. Dazu muss ich Ihnen allerdings sagen: Das ist doch eine Rechnung mit diversen Unbekannten. Sie rechnen mit jährlichen Steuermehreinnahmen von 2,1 Milliarden €. Das ist so etwas wie der Blick in die Glaskugel.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir werfen einen Blick in die Glaskugel – nichts anderes machen wir hier. Alles ist – auch im Bereich des Sparens – vom Zufall abhängig. Vom eisernen Besen ist jedenfalls nicht die Rede.

Zukunftsinvestitionen sind die zweite Säule dieses Dreiklangs. Von Zukunftsinvestitionen kann man hier aber doch nicht ernstlich sprechen. Im Bereich „Open Government“ passiert nichts.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Bildung!)

– Dazu komme ich noch, Frau Ministerpräsidentin. – Von der Bürgerbeteiligung sehe ich nicht viel. Auch im Bereich „Bildung – kostenfreier Wissenszugang“ sehe ich nicht, dass sich etwas tut.

Im Haushalts- und Finanzausschuss wird seitens der Kollegin Gebhard gesagt, seit 2004 verfüge man über Digital Peer Partnership. Das ist eine Plattform, in der frei nach Gusto irgendwelche wissenschaftlichen Erkenntnisse eingestellt werden können.

Herr Kollege Stein und auch unser Fraktionsvorsitzender Paul haben es ebenfalls schon erwähnt: Darum geht es nicht, sondern darum, steuerfinanzierte wissenschaftliche Erkenntnisse mit einer gewissen Verpflichtung und der Möglichkeit des freien Zugangs unter freien Lizenzen zu veröffentlichen. Das wäre eine Zukunftsinvestition.

(Beifall von den PIRATEN)

Eine weitere Zukunftsinvestition fehlt: Wir werden im Haushalts- und Finanzausschuss für unseren Vorschlag regelrecht abgestraft, einen Wettbewerb auszuloben, der gesellschaftliche Teilhabe bewirkt, und zwar im öffentlichen Personennahverkehr. Das findet nicht statt, es wird glatt abgelehnt.

Alle von uns vorgeschlagenen Zukunftsinvestitionen, die wirklich zukunftsträchtig sind – sie mögen teilweise visionär sein – werden schlicht und ergreifend abgelehnt, möglicherweise mangels Verständnis. – So viel zu den Zukunftsinvestitionen.

Gehen wir weiter, nämlich zu dem von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, gerade aufgegriffenen Bereich Bildung. – Bildung, kostenfreier Wissenszugang ist das eine.

Zur Bildung gehört aber auch die Einrichtung von ausreichenden U3-Plätzen. Da fliegen uns im Land Nordrhein-Westfalen, da fliegen den Kommunen ab August die Prozentzahlen, die vom Bund nicht ordnungsgemäß runtergebrochen worden sind, um die Ohren. Man geht davon aus, dass der Bedarf 32 % aller Kinder unter drei Jahren beträgt.

Mittlerweile gibt es die Erkenntnis, dass eine Bedarfsdeckung im Umfang von 32 % gerade in den Ballungsgebieten – davon haben wir in Nordrhein-Westfalen eine ganze Menge – nicht reicht, sondern dass der Bedarf dort deutlich über 60 % liegt. Sie wollen den Kommunen aber gar nicht helfen, dieses Risiko aufzufangen. Sie haben im Haushalts- und

Finanzausschuss einen entsprechenden Antrag abgelehnt.

(Beifall von den PIRATEN)

Einnahmeverbesserung wäre die dritte Säule. Auch da kann ich nur sagen: Prinzip Zufall.

Die Bettensteuer entfällt, und zwar komplett, sowohl für die Gewerbetreibenden bzw. Unternehmer, die in Hotels übernachten, wie demnächst auch für die Privaten, weil es unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten, unter den Gesichtspunkten der Privatsphäre nicht mehr zumutbar ist, dass Gäste in Hotels angeben müssen, ob sie nun privat, mit ihrer Freundin, mit ihrer Frau oder für ein Unternehmen unterwegs sind.

(Beifall von den PIRATEN)

Das wird wegfallen.

Dadurch werden die Kommunen ebenfalls belastet. Sie werden belastet, weil sie aufgrund der schon existierenden Gerichtsentscheidungen und der, die noch kommen werden, Gelder an Unternehmen und Privatleute zurückzahlen müssen. Zudem findet dadurch eine Belastung der Finanzverwaltung in den jeweiligen Städten und Gemeinden statt. – So viel zur Einnahmeverbesserung.

Einnahmeverbesserungen möglicherweise aus Zuweisungen vom Bund sind wiederum vom Prinzip Zufall abhängig.

Portigon, WestLB möchte ich an dieser Stelle gar nicht ansprechen. Ich spreche an dieser Stelle nur Folgendes an: Wenn wir die Pressemitteilung richtig lesen, wonach 800 Millionen € pro Jahr für das Personal, für 2.600 Menschen, ausgegeben werden, aber Portigon nur 250 Millionen € an Einnahmen erzielt, dann liegt ein auffälliges Missverhältnis vor. Insofern hat das Parlament, hat auf jeden Fall die Landesregierung eine Aufsichtspflicht.

Es mag zwar sein, dass das Eigenkapital der Portigon ausreicht, um die 550 Millionen € Defizit, die pro Jahr anfallen, zu decken.

Die 800 Millionen € sind übrigens das höchste Arbeitslosengeld, das in Deutschland gezahlt wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Das höchste Arbeitslosengeld, das in Deutschland gezahlt wird, ist das für 2.600 Mitarbeiter bei der Portigon, bezüglich derer ja der Vorschlag in der Welt ist, die Menschen in der Finanzverwaltung einzusetzen. Das wäre eine feine Sache. Wenn sie über entsprechende Qualifikationen verfügen, dann lasst uns die bei der Finanzverwaltung, bei den Betriebsprüfungen einsetzen. Da reden wir tatsächlich von effektiven ...

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Doch, Herr Finanzminister. Verwendungen, das könnte man tatsächlich überlegen. Da reden wir

dann von einer prospektiven Einnahmeverbesserung. Und dann kommen wir möglicherweise zu einem Dreiklang.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, ich möchte auf die Redezeit hinweisen. Dass die Landesregierung ihre Redezeit überzogen hat, ist schon eingerechnet. Sie haben jetzt die Redezeit überzogen. Kommen Sie bitte zum Ende. Ich bitte um Verständnis.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Danke, Herr Präsident. Ich komme zum Ende.

Wenn Sie diesen Dreiklang tatsächlich realisieren wollen, dann führen Sie bitte auch die Politik der ausgestreckten oder der einladenden Hand tatsächlich durch! Wir sind da, mit Ihnen darüber zu diskutieren, insbesondere über die Zukunftsinvestitionen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bürger unseres Landes. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung zu den Einzelplänen 12 und 20.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2112** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei einigen Zustimmungen und bei einigen Enthaltungen aus der Fraktion der Piraten **angenommen** und der **Einzelplan 12 verabschiedet**.

(Zurufe von den PIRATEN: Auch Ablehnungen!)

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2127**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen deshalb über den Inhalt des Antrags ab. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Enthaltungen und Ja-Stimmen aus der Fraktion der Piraten **abgelehnt**.

Ich muss das erste Abstimmungsergebnis insofern korrigieren, als sich bei der Abstimmung über den Einzelplan 12 einige Abgeordnete der Piraten ent-

halten und einige andere Abgeordnete der Piraten die Beschlussempfehlung abgelehnt haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2103.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Kollegen Sieveke das Wort.

Daniel Sieveke (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen und wir haben es gerade gehört: Der Haushalt des Landes weist erhebliche strukturelle Defizite auf. Das ist keine Behauptung der CDU-Fraktion, sondern dies verdeutlichen die Finanzplanung, aber auch die Ausführungen des Finanzministers schonungslos.

Seitens der rot-grünen Landesregierung ist keine Initiative zu erkennen, um das strukturelle Defizit abzubauen und einen nachhaltigen Haushaltsausgleich zu erzielen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie haben ja auch keine Ideen!)

– Auch wenn Sie es nicht hören wollen: Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen, nur Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen will nicht sparen. Das gehört zu diesem Punkt noch dazu.

Nun zum Speziellen. Sie, Herr Minister Jäger, als zuständiger Fachminister und die rot-grünen Fraktionen tragen in besonderer Weise die Verantwortung für die innere Ordnung, für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die Entwicklung der Gesamtkriminalität in unserem einwohnerzahlenmäßig größten Bundesland.

Ich möchte eines betonen: Der Schutz und die Gewährleistung der inneren Sicherheit sind Kernaufgaben des Staates. Der Schutz vor Kriminalität, die Verhinderung von Straftaten und deren konsequente Ahndung sind unabdingbare Voraussetzung für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Sicherheit ist zudem auch ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes.

Ausweislich der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik hat sich die Kriminalitätslage in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern jedoch drastisch verschlechtert.

Während die Zahl der erfassten Straftaten im Jahr 2011 bundesweit um 1 % gestiegen ist, betrug ihr Anstieg hierzulande 4,8 %. Der Kriminalitätszu-